

Kiel, 14.09.2006

**Landtag
aktuell**

**Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: Redebeginn**

TOP 19 - Zukunft des UKSH (Universitätsklinikum Schleswig-Holstein) (Drucksache 16/959)

Wolfgang Baasch:

Beide Standorte in ihrer Existenz und Entwicklung unterstützen

In der Landtagstagung im September 2005 haben wir bereits einmal über bundesweit einheitliche Basisfallwerte in Krankenhäusern diskutiert. Der Landtag hat damals beschlossen, die Initiative der Landesregierung zur beschleunigten **Einführung bundesweit einheitlicher Basisfallwerte** zu unterstützen. Des Weiteren hat der Landtag die Landesregierung aufgefordert, im Rahmen der Gesundheitsministerkonferenz diese Thematik aufzugreifen und sich aktuell für bundesweit einheitlich geltende Basisfallwerte bei gleichen Krankenhausleistungen einzusetzen.

Damit sind aus meiner Sicht zwei Drittel des Grünen-Antrages erledigt, weil schon vor einem Jahr diskutiert und so beschlossen wurde und die Landesregierung sich im Person der Gesundheitsministerin sehr engagiert für bundeseinheitliche Basisfallwerte einsetzt.

Der letzte Absatz im Antrag der Grünen fordert die Landesregierung auf, bis zur Einführung dieser bundesweit einheitlichen Basisfallwerte alle Schritte zum Verkauf oder Teilverkauf des UKSH zurückzustellen. Dieser Ansatz geht uns nicht weit genug. Denn **die SPD lehnt eine Vollprivatisierung oder auch die Teilprivatisierung in Form des Verkaufs eines Standortes des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein ab.** Der Antrag der Grünen geht aber auch deswegen nicht weit genug, weil wir uns keinen

Zeitverzug mehr bei der finanziellen Sanierung des Universitätsklinikums leisten können.

Das vorliegende Gutachten der Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft, das die Landesregierung in Auftrag gegeben hat, aber auch das Strategiepapier zur Sanierung des UKSH, das vom Vorstand des Universitätsklinikums vorgelegt worden ist, machen deutlich, dass jetzt und sofort weitere Schritte eingeleitet werden müssen, damit ein ausgeglichener Haushalt bis zum Jahr 2010 für das UKSH erreicht werden kann.

Hierbei ist die bisher geleistete Arbeit des UKSH anzuerkennen. Denn ohne die bisher knapp 37 Millionen Euro Einsparungen wäre das Betriebsergebnis des UKSH bereits bei einem Minus von 100 Millionen Euro. Die erreichten Einsparungen zeigen aber auch deutlich, dass es **Sanierungserfolge, die auch eindeutig dem Fusionsprozess und dem aktuell wirksamen Beschäftigungspakt zuzuordnen sind**, mit dem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des UKSH ihren persönlichen Beitrag zur Sicherung der Medizinstandorte in Kiel und Lübeck leisten, geben kann.

Daher begrüßt die SPD-Landtagsfraktion ausdrücklich die Sanierungsvorschläge, die der Klinikvorstand vorgelegt hat. Der **öffentliche Auftrag zur Gesundheitsversorgung bei gleichzeitiger Sicherung von Forschung und Lehre** unter der Verantwortung des Landes steht für uns im Mittelpunkt.

Bei jeder Entscheidung muss berücksichtigt werden, dass das Personal des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein in der Vergangenheit bereits Belastungen in hohem Maß ausgesetzt war. Es gilt aber auch die große regionalwirtschaftliche Bedeutung des Universitätsklinikums und der Universitäten als **Impulsgeber für Wachstum und Beschäftigung** zu erhalten und auszubauen. Daher müssen beide Standorte Kiel und Lübeck jeweils in ihrer Existenz und Entwicklungsfähigkeit unterstützt werden.

Unsere Ablehnung einer Voll- oder Teilprivatisierung des UKSH heißt aber nicht, strategische Partnerschaften auszuschließen. Strategische Partnerschaften, wenn sie zur Verbesserung der Qualität von Forschung, Lehre und Patientenversorgung sowie der Wirtschaftlichkeit und der weiteren Entwicklung des UKSH dienen, sind für beide Standorte von Vorteil. Und weil die Situation keinen Aufschub duldet, gilt es, zügig das vorliegende Gutachten wie auch das Strategiepapier des UKSH-Vorstandes auszuwerten und die notwendigen Entscheidungen zu treffen.